

Mittelmass ist für Zürich kein Massstab: die persönliche Meinung eines SIA-Mitgliedes zu Nutzungsplanung und Verkehrspolitik in der Stadt Zürich

Autor(en): **Müller, Gody**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Ingenieur und Architekt**

Band (Jahr): **107 (1989)**

Heft 6

PDF erstellt am: **16.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-77047>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der Hauswart hat die Aufgabe, mit den ihm anvertrauten haustechnischen Anlagen die vom Benützer erwartete Nutzleistung zu erbringen, indem er die Anlage bedient und instandhält. Er schaltet und reguliert Heizung, Lüftung, Warmwasser, Beleuchtung und andere Anlagenteile und stellt die Sollwerte der Steuer- und Regelgeräte ein. Er überwacht die Anlagenteile, wartet sie und setzt sie instand. Nötigenfalls beauftragt er für bestimmte Arbeiten aussenstehende Spezialisten, die auch die Revisionsarbeiten an den Anlagekomponenten fachkompetent durchführen.

Ein richtig und zuverlässig geführter Betrieb und Unterhalt in der Haustechnik ergibt eine wirtschaftliche Anlage und verlängert dessen Lebensdauer.

Zusammenfassung

Grosse Anstrengungen sowie dauernder Erfahrungsaustausch der Fachbranche auf dem Gebiet der Sanierung von Haustechnikanlagen sind notwendig. Diese sind umso wichtiger, als es für Renovationen keine «Patentlösungen» gibt. Derjenige Auftraggeber, der vom

Wissen und der Erfahrung des Architekten und der Fachleute profitieren kann, wird erfreut feststellen, dass die Renovation seines Altbaus gerade durch eine angepasste Haustechnik zu einer hohen Wohnqualität und grossen Wertsteigerung führt.

Adresse des Verfassers: H. Hediger, Ingenieur SIA/SKW, Vizepräsident Pro Renova, Bösch Verwaltungs und Beratungs AG, Zürcherstr. 42, 8103 Unterengstringen.

Mittelmass ist für Zürich kein Massstab

Die persönliche Meinung eines SIA-Mitgliedes zu Nutzungsplanung und Verkehrspolitik in der Stadt Zürich

Zürich kennt keine behördliche Wirtschaftspolitik, was an sich nicht nachteilig wäre. Für die Wirtschaft wird es jedoch dann kritisch, wenn über Nutzungsplanung und Verkehrspolitik und zum Nachteil der Wirtschaft Strukturpolitik betrieben wird. Solches tun insbesondere die beiden Bauämter. Sie steuern die Bewegungsfreiheit der Wirtschaft mit Massnahmen im Strassenbau, mit ihrer Parkraumpolitik, mit der Gestaltung des Zonenplans, mit rechtlichen Rahmenbedingungen für die Errichtung von Wohn-, Büro- und Gewerberaum und anderem mehr. Sie tun dies einseitig zu Lasten der in Zürich wirtschaftlich Tätigen und -abgesehen vom Ziel, Zürich «wohnlicher» zu machen - ohne übergreifendes Konzept. Diese Perspektivlosigkeit schadet mittel- bis langfristig alle jenen, die dazu beitragen, dass Zürich prosperiert. So kann es nicht weitergehen.

Zürich hat mit seiner Stadtplanung eine Marschrichtung eingeschlagen, welche der Entwicklung der Wirtschaft abträglich ist.

VON GODY MÜLLER,
ZÜRICH

lich ist. Sie ist unkoordiniert und einseitig. Sie vernachlässigt zugunsten der Wohnbevölkerung die legitimen Bedürfnisse der Wirtschaft. Die Stadt, in der das Arbeiten neben dem Wohnen keinen Platz mehr hat, wird sterben oder zur Bedeutungslosigkeit absinken. Die Zeche haben dann die Stadt und ihre Bewohner zu zahlen. Nicht sofort, aber in absehbarer Zeit.

Drei wichtige Elemente in der Stadtentwicklung

In einer Stadt wohnen und arbeiten Menschen. Die Bedürfnisse der Wohnbevölkerung sind deshalb ebenso legitim wie jene der Arbeitnehmer und Arbeitgeber und müssen angemessen berücksichtigt werden. Zwischen dem Wohnen und Arbeiten ist in den meisten Fällen eine Wegstrecke zu überwinden, das heisst zwischen Wohnen und Arbeiten bestehen Verkehrsverbindungen. Eine verantwortungsvolle Stadtplanungspolitik versucht, die drei Elemente: Wohnen, Arbeiten und Verkehr ganzheitlich zu erfassen und auf-

einander abzustimmen. Genau dies wird von den erwähnten städtischen Ämtern unterlassen. Dieser Zustand ist unhaltbar.

Die Stadt als Wohnraum

Zürich soll eine wohnliche Stadt sein und bleiben. Es gibt Instrumente, welche es den Behörden erlauben, Wohnraum zu erhalten und den Wohnungsbau zu fördern. Erinnert sei an den Wohnanteilplan (WAP) und an das Wohnhaltungsgesetz (WEG). Diese Instrumente werden meines Erachtens nicht mehr sachgerecht eingesetzt. Sie haben sich denn auch als stumpfe Waffen im Kampf um ein wohnliches Zürich erwiesen. Das einst im Jürgensen-Bericht postulierte Ziel einer Wohnbevölkerung von 410 000 Einwohnern ist nicht erreicht worden. Es konnte gar nicht erreicht werden. Veränderte Wohngewohnheiten haben der Planung einen Strich durch die Rechnung gemacht. Die durchschnittliche Belegung des Wohnraums hat markant abgenommen. Junge Leute ziehen früher aus und gründen einen eigenen Haushalt. Ältere Leute, Pensionierte und «Rumpffamilien», bleiben - wer wollte es ihnen verdenken - in der gewohnten Umgebung und belegen zu zweit oder allein grössere Wohnungen als sie eigentlich brauchten. So ist die Wohnbevölkerung gesunken, während der angebotene Wohnraum gestiegen ist.

Die Anzahl der Stadtbewohner soll in Zukunft nicht weiter abnehmen, sondern eher wieder anwachsen. Doch dies

braucht mehr Wohnraum. Da kaum mehr Land für den Wohnraum zur Verfügung steht, muss die bestehende Wohnbaumasse besser genutzt werden. Hier wirken sich die aktuellen gesetzlichen Regelungen hinderlich aus. Insbesondere muss die abzonende Wirkung des neuen Zonenplanes aufgehoben werden. Die Ausnutzung muss gezielt erhöht werden. Der Wohnanteilplan (WAP) ist entsprechend zu ändern. Die Wohnqualität soll stärker gewichtet werden. Das heisst: Keine Wohnanteile an Hauptverkehrsachsen, grössere Wohnanteile an geeigneten Standorten.

Eine Stadt, in der man arbeitet

Reine Schlafstädte kennen wir. Und wir wollen aus Zürich kein solches Wohn- und Schlafgetto machen. Eine Stadt muss leben, sie pulsiert. Menschen arbeiten in ihr, verdienen ihren Lebensunterhalt. Die Wirtschaft trägt für die Erhaltung dieser Arbeitsplätze eine grosse Verantwortung. Deshalb will sie attraktive und zukunftssträchtige Arbeitsplätze anbieten können. Sie kann dies aber nur, wenn sie in dieser Stadt Rahmenbedingungen vorfindet, welche ihr helfen, auf die Herausforderungen des Marktes zu antworten.

Im Zuge der Deindustrialisierung und Tertialisierung der Wirtschaft haben sich die Anforderungen an ein Industrieunternehmen markant gewandelt. Für die Industrie auf dem Platz Zürich ist die Bewältigung dieses Strukturwandels die grösste Herausforderung seit Jahrzehnten. Gefordert ist eine umfassende Produktpolitik. Sie reicht von der auf den Kunden massgeschneiderten Produkt-Konzeption über die Produktion bis hin zur Betreuung nach dem Kauf. Das ist eine Dienstleistung am Kunden. Dieser wachsende Dienstleistungsanteil kann nicht vollumfänglich

lich innerbetrieblich abgedeckt werden. Die Fertigungstiefe sinkt, die Komplexität der Zusammenarbeit mit externen Beratern und Software-Experten steigt. Örtliche Nähe zwischen den produktionsnahen Stellen und den dienstleistungsnahen Beratern und Ingenieuren wird zunehmend ein Muss. Vor diesem Hintergrund ist es unverständlich, wenn die zuständigen Behörden in der Bau- und Zonenordnung für die Industrie marktferne Reservate – sprich: Industriezonen – ausscheiden und damit verhindern, dass die brachliegenden Landreserven für Dienstleistungsbetriebe genutzt werden können. Die Zürcher Wirtschaft fordert deshalb zu Recht, dass die Industriezone für alle Unternehmungen zu öffnen sei.

Verkehrsriegel: Rosskur auf dem Buckel des Gewerbes

In den vergangenen Jahren wurde unter dem Primat der Förderung des öffentlichen Verkehrs eine Verkehrspolitik betrieben, welche dem Gewerbe abträglich ist. Seitens der Behörden ging man davon aus, dass der Autoverkehr durch den öffentlichen Verkehr zu ersetzen sei. Verkehrsbehinderungen allerorten und restriktive Parkraumpolitik waren und sind angesagt. Dies obwohl dem 42-Millionen-Kredit eine Abfuhr erteilt wurde. Das ist für das Gewerbe tödlich. Es ist auf das Auto angewiesen. Nicht nur Kunden bedienen sich des Autos, auch Zulieferer sind darauf verwiesen. Das Gewerbe erwartet deshalb von den Behörden, dass ihm nicht nur Steine in den Weg gelegt werden – dies ist durchaus wörtlich zu verstehen.

Die Verkehrspolitik ist das eine. Auf der anderen Seite hat das Gewerbe aber auch noch mit weiteren Schwierigkeiten zu kämpfen. Ein funktionierendes

Gewerbe ist auf einen Kundenstamm angewiesen für den es auch erreichbar ist. Eine zentrale Lage ist vordringlich. Doch erschwinglicher Raum wird zusehends knapp. Dieser Umstand wird noch verschärft, weil die Wertschöpfung im gewerblichen Betrieb auf den Quadratmeter bezogen wesentlich geringer ist, als beispielsweise in der Dienstleistungsbranche. Das Gewerbe fordert deshalb, dass die steuerliche Veranlagung auf die geringere Wertschöpfung Rücksicht nimmt und dass die Nutzungsplanung und andere Vorschriften seine Bewegungsfreiheit nicht noch stärker einengen. Dienstleistungsnahe Gewerbebetriebe sollen in der Industriezone angesiedelt werden können. An besonders belasteten Lagen soll der Wohnanteilplan zugunsten gewerblicher Betriebe gelockert, an guten Lagen dagegen erweitert werden.

Mittelmass ist für Zürich kein Massstab

Wenn wir uns den Herausforderungen der Zukunft erfolgreich stellen wollen, müssen wir etwas für unsere Stadt tun. Ein ganzheitliches Entwicklungskonzept für ein urbanes Zentrum ist nötig, und es muss durchgesetzt werden. Die Zürcher Wirtschaft formulierte im Bewusstsein ihrer Verantwortung für das Gedeihen Zürichs einen Zielkatalog für die Stadtentwicklung. Wir sind der Überzeugung, dass grosszügige und ganzheitliche Konzepte die Zukunft der «Limmatmetropole» bestimmen müssen. Flickwerk hat keinen Platz.

Adresse des Verfassers: G. Müller, Ing. SIA, Gemeinderat, beratendes Direktionsmitglied, Schweizerische Rückversicherungsgesellschaft, Mythenquai 50/60, 8022 Zürich.